



Frank Priess ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko.

VERFRÜHTER ABGESANG AUF DEN WESTEN

AKTUELLE BÜCHER WARNEN VOR VEREINFACHUNGEN

Frank Priess

Verfolgt man aktuell Presse- und Buchmarkt, ist es mal wieder soweit: Der Niedergang des Westens steht unmittelbar bevor, die Vereinigten Staaten müssen sich Vergleiche mit dem alten Rom gefallen lassen, Europa scheint schon allein wegen seiner demographischen Probleme in der Zukunft nur eine Nebenrolle zugeordnet zu sein. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise tut da ein Übriges. Der Dekan der Lee Kuan Yew School of Public Policy in Singapur, Kishore Mahbubani, gab schon 2008 mit seinem Buch *The new asian hemisphere: The irresistible shift of global power to the east* den Startschuss. Ein mexikanischer Politikberater nutzte ein aktuelles Forum zu der Aussage, dass man die Vergangenheit in Europa, die Gegenwart in den USA und die Zukunft in China beschichtigen könne. Und der angesehene *Economist* überschrieb jetzt einen Kommentar im August 2011: „What’s Schadenfreude in Chinese?“ Allerdings kommt dieser Autor dann zum Ergebnis, dass asiatischer Triumphalismus voreilig sein könnte.

Dazu gibt es Parallelen, an die uns Altmeister Joseph S. Nye in seinem gerade erschienenen Buch *The future of power* erinnert. Allerdings konstatiert auch er: „Two great power shifts are occurring in this century: a power transition among states and a power diffusion away from all states to nonstate actors.“ Schon längst sei nicht allein entscheidend, wessen Armeen am stärksten seien. Längst zähle auch, wessen Story die stärkste Überzeugungskraft besitze. Legitimität und Glaubwürdigkeit sei bei letzterem die gängige Währung. „Die beste Propaganda“, so Nye, „ist keine Propaganda“, das gelebte Beispiel übe eigene

Attraktivität aus. Selbst beste Werbung könne auf Dauer bekanntlich kein unpopuläres Produkt verkaufen, schon gar nicht in Zeiten neu aufgeflammter Systemwettbewerbe mit neuen Fronten. „Politics has become a contest of competitive credibility,“ schreibt Nye. Dies beinhaltet allerdings auch, dass keine Regierung hier eine totale Kontrolle ausüben könne, gerade nicht in Zeiten sozialer Netzwerke. Die Kultur eines Landes, seine Werte und die gelebte Wirklichkeit müssten mit einer entsprechenden Außenpolitik zusammenpassen, wolle diese glaubwürdig sein und moralische Autorität reklamieren.

Der Westen, das wird an diesen wenigen Hinweisen schon deutlich, ist hier auch für die Zukunft gar nicht so schlecht aufgestellt. Seine hohe Anziehungskraft ist ungebrochen, allen voran die der USA: Kreativität voraussetzende Innovationen haben nach wie vor oft hier ihren Ausgangspunkt. Junge, aufgeschlossene Menschen finden immer noch ihren Weg gerade an die Eliteuniversitäten mit ihren zahlreichen Nobelpreisträgern, die weltweit ohne Beispiel sind. Soziale Mobilität und nicht zuletzt ein nicht abreißender Migrantstrom verschaffen den Vereinigten Staaten Vorteile, die selbst andere Industrienationen nicht ohne Weiteres konkurrenzieren können. So schnell wird selbst ein schwächerer Dollar nicht durch eine andere Leitwährung ersetzt, an der militärischen Dominanz der USA mit ihren weltweiten Möglichkeiten wird sich nicht von heute auf morgen etwas ändern. Die Verbindung von *hard power* und *soft power* sei, allen Problemen zum Trotz, intakt, so Nye: „Describing power transition in the twenty-first century as an issue of American decline is inaccurate and misleading.“ Die USA bräuchten allerdings eine Strategie, wie sie mit dem „Aufstieg des Rests“ zurechtkämen. Die Welt werde weder uni- noch multipolar noch chaotisch, sondern alles zugleich.

Soziale Mobilität und nicht zuletzt ein nicht abreißender Migrantstrom verschaffen den USA Vorteile, die selbst andere Industrienationen nicht ohne weiteres konkurrenzieren können.

In die gleiche Kerbe – wenn auch etwas pessimistischer – hatte schon Fareed Zakaria in seinem Buch *Der Aufstieg der Anderen – Das postamerikanische Zeitalter* geschlagen, allerdings auch zu bedenken gegeben: „Auf politisch-militärischer Ebene befinden wir uns weiterhin in einer Welt mit einer einzigen Supermacht. Aber in allen anderen Bereichen – Wirtschaft, Finanzmärkte, Bildungswesen, Soziales

und Kultur – verschieben sich die Machtverhältnisse, und zwar weg von der amerikanischen Vorherrschaft. Das heißt nicht, dass wir in eine anti-amerikanische Welt einträten. Aber wir bewegen uns auf ein postamerikanisches Zeitalter zu, das von zahlreichen Orten aus und von vielen Akteuren definiert werden wird.“ Der Irakkrieg und die Außenpolitik von George W. Bush hätten in den Augen der Welt der militärisch-politischen Macht Amerikas die Legitimationsgrundlage entzogen, die Finanzkrise habe dasselbe

Laut Fareed Zakaria wird der „Aufstieg der Anderen“ hauptsächlich zu Lasten Westeuropas und Japans gehen, die sich „in einem langsamen demographischen Niedergang“ befänden.

bezüglich der wirtschaftlichen Macht der USA bewirkt. Dies werde auch die so genannte *soft power*, die weichen Machtfaktoren der USA, beschädigen. Die Beruhigungspille für sie: Laut Zakaria wird der „Aufstieg der Anderen“ hauptsächlich zu Lasten Westeuropas und Japans gehen, die sich „in einem langsamen demographischen Niedergang“ befänden.

Das passt dann wieder zu Joseph S. Nye: Er erinnert nämlich daran, dass es kaum zwei Jahrzehnte her ist, dass alarmierende Bücher darüber geschrieben wurden, dass nun Japan kurz vor der Übernahme der Weltmacht stehe – an entsprechend selbstbewussten Kommentaren aus dem Reich der aufgehenden Sonne mangelte es ebenfalls nicht. Innovative Managementtechniken von Mitsubishi und anderen dominierten die Wirtschaftsliteratur, das Planungsministerium MITI galt als weltweites Vorbild. Und doch kam es anders. Lineare Fortschreibungen aktueller Entwicklungen und Erfolgsstories sind eben allemal mit Vorsicht zu genießen.

Entsprechend kritisch setzt sich Nye daher mit neuen und alten Wettbewerbern Amerikas auseinander. Dem BRIC-Begriff aufstrebender Schwellenländer etwa, der versuche, Länder mit großen Gegensätzen zusammenzubinden, und dessen innerer Entwicklungskern dann doch stark chinesisch geprägt sei, kann der Autor wenig abgewinnen. Licht und Schatten lägen bei den diversen „Mitgliedern“ eng beieinander. Selbst im Falle Chinas müsse man fragen, ob dessen politische Stabilität erhalten bleibe, ob sich Wachstum nicht auch hier mit steigendem Entwicklungsgrad abschwäche, ob das Land seine demographischen Probleme und sozialen Gegensätze in den Griff bekomme, noch dazu in einem komplizierten Umfeld. Ob China sich

dann tatsächlich auch vom „free rider“ zu einem „responsible stakeholder“ der Weltpolitik weiterentwickle, zu einer Rolle, die seiner Bedeutung angemessen sei, bleibe abzuwarten. Auch werde der Wiederaufstieg des Reichs der Mitte bei anderen wichtigen Akteuren der Region, zum Beispiel Japan und Indien, keineswegs mit ungeteilter Begeisterung wahrgenommen.

Das schmälert nicht die enormen Entwicklungsschritte Chinas und seine künftigen Perspektiven. Auf sie weist einmal mehr auch das neue Buch von Henry Kissinger *On China* hin, eingebettet in eine ausführliche Darstellung chinesischer Geschichte und – natürlich – die langjährigen persönlichen Begegnungen des Autors mit dem Land und seinen Führern. Vor allem einem wird dabei die Erfolgsgeschichte der zurückliegenden Jahrzehnte gutgeschrieben: „China as the present-day economic superpower is the legacy of Deng Xioping.“

Besondere Bedeutung haben für Kissinger naheliegenderweise die bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA, ein Prozess, an dem nicht zuletzt er selbst seinen Anteil hatte. Die USA müssten sich überlegen, ob das Insistieren auf das Thema Menschenrechte wirklich der beste Weg des Umgangs mit der neuen Supermacht sei. Andererseits müssten Amerikas Partner verstehen, dass der Anspruch einer weltweiten Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten quasi zum amerikanischen Gencode gehöre, auch wenn das unmittelbare „nationale Interesse“ dabei scheinbar manchmal in Mitleidenschaft gezogen werde. Dieser Spagat sei alles andere als unproblematisch: „Democratic values and human rights are the core of America's belief in itself. But like all values they have an absolute character, and this challenges the element of nuance by which foreign policy is generally obliged to operate. If adoption of American principles for governance is made the central condition for progress in all other areas of the relationship, deadlock is inevitable.“

Die USA müssten sich überlegen, ob das Insistieren auf das Thema Menschenrechte wirklich der beste Weg des Umgangs mit der neuen Supermacht China sei, so Henry Kissinger.

Hier weist Kissinger auf ein Dilemma hin, vor dem der gesamte Westen immer wieder steht und wo Kongruenz nicht immer einfach ist: Wie konsequent macht man die

Menschenrechte zur Richtschnur des Umgangs mit anderen Regierungen? Legt man an alle die gleichen Maßstäbe an? Zieht die Rechtfertigung einer Intervention zur Verteidigung der Menschenrechte in einem Land – unter Verletzung von dessen nationaler Souveränität – quasi automatisch nach sich, unter Anlegung gleichen Maßstabs dann auch woanders intervenieren zu müssen, gegebenenfalls bei höheren Kosten? Ist Syrien in dieser Hinsicht so verschieden von Libyen? Gelten für *failed states* wie Somalia eigene Gesetze? Und was ist mit nach wie vor befreundeten Potentaten, die zudem noch besondere wirtschaftliche Bedeutung haben wie im Falle Saudi-Arabiens? Kissinger selbst gibt darauf eine nicht nur für die USA realistisch anmutende Antwort: „It is a choice that needs to be made and cannot be fudged. I respect those who are prepared to battle for their views of the imperatives of spreading American values. But foreign policy must define means as well as objectives, and if the means employed grow beyond the tolerance of the international framework or of a relationship considered essential for national security, a choice must be made. What we must not do is to minimize the nature of the choice. The best outcome in the American debate would be to combine the two approaches: for the idealist to recognize that principles need to be implemented over time and hence must be occasionally adjusted to circumstance, and for the ‚realists‘ to accept that values have their own reality and must be built into operational policies.“

Und China ist da ohnehin ein Fall für sich, wie ein von Kissinger zitiertes Wort seiner Amtsnachfolgerin Madeleine Albright verdeutlicht: China „is in its own category – too big to ignore, too repressive to embrace, difficult to influence, and very, very proud“.

Chinas Perzeption sei, dass die USA seine Entwicklung einzudämmen versuchten, die amerikanische Einschätzung sei, dass China versuche, die USA aus Asien hinauszudrängen, so Kissinger.

Obwohl sich bei den bilateralen Beziehungen der Wettbewerb eher auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet abspielen werde denn auf militärischem, so Kissinger, gelte es, auch die militärischen Ambitionen Chinas ernst zu nehmen und Gefahren in den beiderseitigen Wahrnehmungen zu erkennen: Chinas Perzeption sei, dass die USA seine Entwicklung einzudämmen versuchten, die amerikanische Einschätzung sei, dass China versuche, die USA aus Asien hinauszudrängen – ein sichtbares Konfliktpotential

also. „In Asia [...] the states consider themselves in potential confrontation with their neighbors. It is not that they necessarily plan on war; they simply do not exclude it“, erinnert Kissinger. Es sei gut, dies nicht zu ignorieren.

Allerdings scheine sich auch China selbst noch nicht ganz klar darüber zu sein, wie man künftig auftreten wolle: Stelle man sein Licht bis auf Weiteres lieber unter den Scheffel oder lasse man die Muskeln spielen, ganz im Sinne der eigenen Einschätzung, langsam wieder den Platz einzunehmen, der dem Land historisch zukomme und der einer chinesischen Vormachtstellung über viele Jahrhunderte entsprochen habe? Fareed Zakaria gibt zu bedenken: „Wenn sich eine aufstrebende Macht der führenden Weltmacht entgegenstellt, so zeigt die Geschichte, verschlechtern sich die beiderseitigen Beziehungen. Und auch wenn es keine Seite öffentlich zugeben wird. Sowohl China als auch die Vereinigten Staaten sind beunruhigt und bereiten sich auf Schwierigkeiten vor.“ Dann fährt er fort: „Eine ernsthafte Rivalität zwischen den USA und China würde das Ende von Integration, Handelsverflechtung und Globalisierung bedeuten und ein neues Zeitalter einläuten.“

Zakaria gibt zu bedenken: „Eine ernsthafte Rivalität zwischen den USA und China würde das Ende von Integration, Handelsverflechtung und Globalisierung bedeuten.“

Zur Analyse der chinesischen Selbsteinschätzung tragen auch wichtige Teile von Francis Fukuyamas neuestem Werk *The origins of political order – From prehuman times to the french revolution* bei, das eine Abkehr von der Zentrierung auf westliche Staatsmodelle vornimmt und nachzeichnet, wie und unter welchen Bedingungen sich Politik und politische Machtausübung parallel in unterschiedlichen Teilen der Welt entwickelt haben, was Gesellschaften zusammenhält und Entwicklung jenseits von Primärgruppen ermöglicht, welche Wertebasis und welches Selbstverständnis sich als tragfähig erweisen. Der beeindruckende Bogen spannt sich von Afrika über die arabische Welt, Asien, Amerika mit seinen verschiedenen Teilen bis hin zu den überaus unterschiedlichen Entwicklungswegen in Europa.

Eine unvermeidbare Referenz auch hier: China – mit erstaunlichen Parallelen von der Entwicklung des „ersten modernen Staates“, so Fukuyama, bis zur Aktualität. Diese Modernität, so der Autor, habe nämlich nie die

Entwicklung eines Rechtsstaates beinhaltet, in dem das Recht der Macht des Staates Grenzen setzt: „China was the first world civilization to create a modern state. But it created a modern state that was not restrained by a rule of law or by institutions of accountability to limit the power of the sovereign.“ Dies gelte bis heute, auch wenn diese Situation, im Gegensatz etwa zu vielen Entwicklungsgesellschaften, dem Reiz Chinas für Investoren keinen Abbruch tue. Fukuyama generell: „The absence of a strong rule of law is indeed one of the principal reasons why poor countries can't achieve higher rates of growth.“ Aber: „On the other hand, it is perfectly possible to have ‚good enough‘ property rights and contract enforcement that permit economic development without the existence of a true rule of law in the sense of the law being the final sovereign. A good example is the People's Republic of China. There is no true rule of law in China today: the Chinese Communist Party does not accept the authority of any other institution in China as superior to it or able to overturn its decisions. Although the PRC has a constitution, the party makes the constitution rather than the reverse. If the current Chinese government wanted to nationalize all existing foreign investments, or renationalize the holdings of private individuals and return the country to Maoism, there is no legal framework preventing it from doing so. The Chinese government chooses not to do so out of self-interest, which seems to be regarded by most parties as a sufficiently credible assurance to future good behavior.“

Das muss allerdings nicht unbedingt so bleiben – viele deutsche Mittelständler mit ambitionierten China-Träumen können davon heute schon ein Lied singen. Denn auch das macht Fukuyama klar: Ohne Rechtsstaat kann eine autoritäre aber verantwortungsvolle, vernünftige und effiziente Führung zwar erstaunliche Entwicklungserfolge feiern. Ist Autorität allerdings nicht mit diesen Qualitäten gepaart, sind andererseits aber auch unvorstellbare Grausamkeiten und menschliches Leid möglich – auch dafür finden sich genug Beispiele in der Geschichte. Und Fareed Zakaria schreibt zum gleichen Thema: „Dass eine undemokratische Regierung ein kontinuierlich hohes Wirtschaftswachstum über so lange Zeit aufrechterhalten kann, ist ungewöhnlich. Die meisten autokratischen Regierungen werden nach kurzer Zeit unflexibel, korrupt und inkompetent; sie

plündern die Wirtschaft aus und sorgen für Stagnation. Die Bilanz der Marcos, Mobutus und Mugabes ist in dieser Hinsicht weitaus typischer.“

Die Basis für Fukuyama ist dabei eine Revision von Samuel Huntingtons Klassiker *Political Order in Changing Societies* aus den späten sechziger Jahren. „Countries are not trapped by their pasts. But in many cases, things that happened hundreds of even thousands of years ago continue to exert major influence on the nature of politics“, so Fukuyama, hier übrigens ganz bei Kissinger in der Ansicht, dass das Erklärungspotential historischer Analogien für aktuelle Entwicklung zwar nicht überstrapaziert werden dürfe – siehe oben im Zusammenhang mit „Verfallstheorien“ –, gleichwohl aber einen unverzichtbaren Bestandteil sauberer Analyse darstelle. Und nicht zu vergessen: Politische Entwicklung und einmal erreichte politische Entwicklungsstufen sind keinesfalls dauerhaft gesichert, Rückschritte sind immer möglich. Fukuyama: „Political decay occurs when political systems fail to adjust to changing circumstances.“

Einmal erreichte politische Entwicklungsstufen sind keinesfalls dauerhaft gesichert, Rückschritte sind immer möglich.

Dies führt dann auch wieder zur Frage zurück, ob der Westen nun seinen Zenit überschritten, ob die aktuelle Krisenphase gerade im wirtschaftlichen Bereich seinen teils selbstreklamierten Vorbildcharakter unwiderruflich beschädigt habe. Denn selten ist ein Wertegerüst für sich selbst tragfähig, wenn die Menschen nicht unmittelbar positive Auswirkungen auf ihr Leben spüren. Wiederum Fukuyama: „The mere fact that a country has democratic institutions tells us very little about whether it is well or badly governed. This failure to deliver on the promise of democracy poses what is perhaps the greatest challenge to the legitimacy of such political systems.“ Und weiter: „Democracy's failure [...] lies less in concept than in execution: most people around the world would strongly prefer to live in a society in which their government was accountable and effective, where it delivered the sorts of services demanded by citizens in a timely and cost-effective way. But few governments are actually able to do both, because institutions are weak, corrupt, lacking capacity, or in some cases absent altogether.“

Auch an dieser Front muss sich der Westen neu dem Systemwettbewerb stellen, gerade mit den asiatischen Aufsteigern: „One of dynastic China’s great legacies, then, is high-quality authoritarian government. It is no accident that virtually all of the world’s successful authoritarian

Interessant ist, dass in Fällen wie Südkorea und Taiwan der wirtschaftlichen Entwicklung unter autoritären Vorzeichen doch die Demokratisierung gefolgt ist.

modernizers, including South Korea, Taiwan, Singapore, and modern China itself, are East Asian countries sharing a common Chinese cultural heritage.“ Interessant dabei ist, dass in Fällen wie Südkorea und Taiwan der wirtschaftlichen Entwicklung unter autoritären Vorzeichen doch die Demokratisierung gefolgt ist und auch Singapur sich fragt, ob ab einem gewissen Entwicklungsstand die Kosten der Limitierung demokratischer Rechte nicht doch höher sind als ihr vermeintlicher Nutzen. „While having a coherent state and reasonably good governance is a condition for growth, it is not clear that democracy plays the same positive role“, argumentiert Fukuyama und fährt fort: „There are many potential paths to modernization possible today.“

Unabhängig von der Frage aber, wie weit sich Erfolge und Erfahrungen aus einem Kulturkreis in einem völlig anders gearteten Kontext übertragen lassen, muss der Westen augenscheinlich seine Hausaufgaben machen. Und hier hat die diesmal von den Industrieländern und speziell den USA ausgegangene Wirtschaftskrise Defizite mehr als deutlich gemacht. Gerade das rein liberale Modell, dass von der Verfolgung individueller Interessen letztlich auch den größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen erwartet, steht auf dem Prüfstand, aber auch ein Entwicklungsmodell, dass die Kosten für gegenwärtiges Wohlbefinden zu den künftigen Generationen verschiebt. „In der Geschichte des Kapitalismus sind Krisen die Regel, nicht die Ausnahme“, erinnern uns allerdings Nouriel Roubini und Stephen Mihm in dem lesenswerten und nett betitelten Band *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*. John Maynard Keynes habe schon im Jahr 1933 gewusst: „Der dekadente internationale und individualistische Kapitalismus, in dessen Händen wir uns nach dem Ersten Weltkrieg befanden, ist ein Misserfolg. Er ist weder intelligent, noch schön, noch gerecht, oder tugendhaft, und vor allem hält er nicht, was er verspricht. Er gefällt uns nicht, und wir fangen allmählich an, ihn zu hassen. Aber wenn wir uns fragen, was an

seine Stelle treten soll, dann haben wir keine Antwort.“ Einmal mehr aber gelte es, die richtigen Konsequenzen ziehen und ohne Tabus über sie nachzudenken – die Mode des „Marktfundamentalismus“ jedenfalls habe frühere Erfahrungen gerade nicht berücksichtigt, so Roubini und Mihm. Ihr Buch legt die Schwächen erbarmungslos offen und gibt dafür Anleitungen, die „Nahtoderfahrung einer Finanzkrise“ macht erfinderisch. Die drastischste Empfehlung dabei und offenbar die, der die Politik trotz Lehman Brothers und der Kritik am *too big to fail* nicht gefolgt ist: „Wir müssen Finanzunternehmen nicht nur verkleinern, sondern auch entflechten, damit eine mögliche Pleite keinen Dominoeffekt auslöst.“ Den USA schreiben die Autoren ins Stammbuch: „Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar und gefährlich und wird ohne einschneidende Reformen ins Chaos führen. Wenn die Vereinigten Staaten ihren Haushalt nicht in Ordnung bringen und mehr sparen, werden sie schließlich eine schmerzhaft Rechnung erhalten. Wann das passiert, sei dahingestellt. Die Auffassung, dass es noch jahrzehntelang so weitergehen könnte, ist aber Selbstbetrug. In Wirklichkeit gibt es bereits erste Anzeichen für eine Wende.“ Auch die weiteren Vorschläge haben es in sich: ein geändertes Vergütungssystem für Händler und Banker im Einklang mit den Aktionärsinteressen, eine Reform bei Derivaten und Verbriefungen, ein verändertes Geschäftsmodell für die Ratingagenturen und schließlich: mehr internationale Regulierung. „Während die Finanzwirtschaft globalisiert wurde, ist die Regulierung leider eine nationale Angelegenheit geblieben. Dies macht künftige globale Krisen nur wahrscheinlicher. Die jüngste Krise hat deutlich gemacht, dass uns wohl eher ein Zeitalter großer Instabilität bevorsteht als ein langer Aufschwung“, schreiben Roubini und Mihm. Der nachlassende Reformeifer bei G-20-Treffen und ähnlichen Gelegenheiten und der „Umsetzungstau“ bereits grundsätzlich beschlossener Maßnahmen lassen nicht vermuten, dass der Fortschritt in Sieben-Meilen-Stiefeln daherkommen wird.

„Während die Finanzwirtschaft globalisiert wurde, ist die Regulierung leider eine nationale Angelegenheit geblieben. Dies macht künftige globale Krisen nur wahrscheinlicher.“ (Roubini und Mihm)

Dabei wäre es nötig, gerade Begriffe wie Verantwortung und Nachhaltigkeit neu und angemessen zu definieren, Modelle wie das der Sozialen Marktwirtschaft engagiert zu vertreten. Hier darf man dann auch an Unterschiede

erinnern, wie dies Christoph Schwennicke im *Spiegel* tut, wenn er schreibt: „Wieso steht der angeblich abgestürzte Superstar Deutschland denn so gut da in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit? Weil er in seinem industriellen Mix solider geblieben ist und sich zugleich zukunftsfester gemacht hat als das angelsächsische Modell, das den Modetrend der letzten 30 Jahre vorgegeben hatte und mitleidig-arrogant auf Deutschland herabblickte. Weil hier weiter Schloten rauchen und Förderbänder laufen, weil hier nicht in erster Linie Finanzprodukte bis zur Unkenntlichkeit verpackt werden, sondern reale Produkte.“¹ „Europa“, so der Autor, „hat mehr zu bieten und mehr zu verlieren als nur eine gemeinsame Währung. Es ist mehr als ein großer Handelsraum. Kontinentaleuropa ist ein Kulturraum mit dem weltweit vorbildlichsten politischen Wertesystem. Wer es angreift oder schlechtredet, verfolgt ein Interesse. Ein ökonomisches oder ein hegemoniales.“

Länder mit aktiven, wachen Zivilgesellschaften und akzeptierten Partizipationskanälen sind mittel- und langfristig im Vorteil.

Dabei sind die Gesellschaft und nicht zuletzt die junge Generation längst dabei, sich lauter zu Wort zu melden und die Politik nicht ausschließlich den Politikern zu überlassen.

Länder mit aktiven, wachen Zivilgesellschaften und akzeptierten Partizipationskanälen sind mittel- und langfristig im Vorteil. Wer für die steigende Bedeutung nicht-staatlicher Akteure und die rasanten Veränderungen der Welt noch Beweise benötigt – die Rolle von Facebook und Twitter bei den Sozialprotesten der jüngeren Vergangenheit ist schon oft genug betont worden –, braucht nur auf die aktuelle Liste der mächtigsten Frauen der Welt zu blicken, die die Zeitschrift *Forbes* gerade erst wieder veröffentlicht hat. Dort finden sich zwar mit Angela Merkel, Hillary Clinton und der Brasilianerin Dilma Rousseff drei Politikerinnen auf den ersten Plätzen, dann kommen aber schon die indische Präsidentin von Pepsico und Sheryl Sandberg, die Operationschefin des sozialen Netzwerks Facebook, direkt gefolgt von Melinda Gates. Selbst Mode-Ikone Gisele Bündchen schafft es mit ihren Sozialaktivitäten noch unter die ersten 60 – eine Chinesin sucht man übrigens auf den vorderen Plätzen vergeblich.

1 | Christoph Schwennicke, „Comeback des Superstars“, *Der Spiegel* 2/2011, 10.01.2011, 26-27, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-76229460.html> [25.10.2011].

„Political freedom is not won, it would seem, only when the power of the state is constrained but when a strong state comes up against an equally strong society that seeks to restrict its power“, schreibt Francis Fukuyama. Hier liegt sicher auch der Schlüssel dafür, was man gerade im Westen heute selbstbewusst kultivieren und anstreben sollte, ganz im Sinne von US-Präsident Barack Obama, der den Verbündeten bei seiner Europareise im Mai 2011 zurief: „Unsere Allianz bleibt unverzichtbar, um ein friedlicheres, wohlhabenderes und gerechteres Jahrhundert zu erreichen.“ Zu Pessimismus und Weltuntergangsstimmung besteht kein Anlass.

Gelesene Bücher:

- Francis Fukuyama, *The origins of political order – From pre-human times to the french revolution*, New York, 2011.
- Henry Kissinger, *On China*, New York, 2011.
- Kishore Mahbubani, *The new asian hemisphere: The irresistible shift of global power to the east*, New York, 2008.
- Joseph S. Nye Jr., *The future of power*, New York, 2011.
- Nouriel Roubini und Stephen Mihm, *Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft*, Frankfurt am Main / New York, 2010.
- Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen – Das post-amerikanische Zeitalter*, München, 2009.